

Bei diesem Text handelt es sich um die schriftliche Kurzfassung des Beitrags von Lars Vogelsang zum Arbeitskreis 3 "Nachhaltigkeit in Ländern und Kommunen Deutschlands".

## **Zukunft für Deutschland – Perspektiven für Berlin Ansätze zur nachhaltigen Entwicklung auf Länderebene am Beispiel Berlin**

**Lars Vogelsang**  
Agenda-Agentur Berlin

Der vorliegende Beitrag benennt Instrumente einer nachhaltigen Entwicklung der Bundesländer. Für diese Instrumente werden Beispiele aus Berlin skizziert. An den beschriebenen Projekten konnte die Agenda-Agentur Berlin mitwirken.

### **1) Instrumente einer zukunftsfähigen Entwicklung der Bundesländer**

Um auf dem Weg zur nachhaltigen Entwicklung in den Bundesländern wirksam voranzukommen, sind vier Instrumente erforderlich:

1. eine Strategie mit Zielstellungen für die Zukunftsfähigkeit des Bundeslandes
2. die Kooperation der wichtigen Kräfte:
  - gesellschaftliche Akteure (Privatwirtschaft, Interessengruppen)
  - Bürgerbeteiligung bei den politischen Weichenstellungen
  - Koordination mit dem Bund und den Kommunen
3. Umsetzungsinitiativen und Leitprojekte
4. Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit, insbesondere mit Hilfe anschaulicher Projekte sowie der Spitzen von Politik und Interessengruppen.

Auf Bundesebene werden bereits einige dieser Instrumente eingesetzt: Die nationale [Nachhaltigkeitsstrategie](#) wurde entwickelt und der [Rat für nachhaltige Entwicklung](#) mit Persönlichkeiten aus verschiedenen Interessenbereichen eingesetzt. Beide haben umsetzungsorientierte Projekte eingeleitet. Die öffentliche Kommunikation könnte aber noch ausgebaut werden.

In ähnlicher Weise haben Baden-Württemberg einen Beirat und Nordrhein-Westfalen einen Rat für nachhaltige Entwicklung gebildet. In Sachsen-Anhalt und Berlin hat es Enquetekommissionen für zukunftsfähige Entwicklung gegeben. Hessen, Nordrhein-Westfalen und viele andere Bundesländer unterstützen den kommunalen Agenda-21-Prozess. Thüringen hat hierzu vorbildliche Förderprogramme entwickelt.

Zu beachten ist, dass die genannten Instrumente ihre Wirkung insbesondere in einem abgestimmten Zusammenhang entfalten. Nötig ist politischer Rückhalt, für den nicht nur die politische Spitze, sondern letztlich die Bevölkerung gewonnen werden muss. Das Nadelöhr ist daher die politisch-institutionelle Nachhaltigkeit.

### **2) Berliner Bausteine für eine Nachhaltigkeitsstrategie des Landes**

Für die o. g. vier Instrumente werden praktische Beispiele aus Berlin skizziert. Die Auswahl beschränkt sich auf solche Ansätze, die ausdrücklich auf nachhaltige Entwicklung abzielen. Es könnten weitere einbezogen werden, die mehr oder minder

zur Zukunftsfähigkeit Berlins beitragen, z. B. Soziale Stadt/Quartiersmanagement, Urban II, Ökoprotit Berlin u. a.

a) Zwei *Enquetekommissionen* „Zukunftsfähiges Berlin“ haben umfassende Bestandsaufnahmen, ein Leitbild der Zukunftsfähigkeit, Maßnahmevorschläge sowie Entwürfe für Ziele und Indikatoren vorgelegt. Die [erste Kommission](#) hat ihre Ergebnisse einstimmig verabschiedet, die [zweite](#) musste wegen der Neuwahlen ihre Arbeit vorzeitig beenden. Ihre Fortsetzung steht noch aus. Auf Vorschlag der ersten Kommission hat das Abgeordnetenhaus den Agenda-21-Prozess auf Landesebene eingeleitet.

Stellvertretend für die vielen vorgeschlagenen Maßnahmen sei hier auf ein besonders einfaches Instrument verwiesen: Die Kommission hat einen Nachhaltigkeits-Check für alle politischen Beschlussvorlagen ab einer bestimmten Kostengrenze empfohlen. In diesem verpflichtenden Nachhaltigkeitsstatement sollen ökologische, wirtschaftliche und soziale Auswirkungen der Maßnahme sowie die ökologischen Vorteile von Alternativen beschrieben werden (Bericht 1999, S. 347). Dadurch würden Gesichtspunkte der nachhaltigen Entwicklung stärker im Entscheidungsprozess verankert und mehr Transparenz geschaffen werden.

b) Der *Dialogprozess für eine Agenda 21* wurde auf der Ebene des Stadtstaates Berlin eingeleitet, nachdem bereits Köpenick, Lichtenberg und alle anderen Berliner Bezirke an einer Agenda gearbeitet hatten. Der von der Zivilgesellschaft initiierte „Runde Tisch zur nachhaltigen Entwicklung in Berlin und Brandenburg“ wurde mit einer verbindlicheren Struktur in das [„Agendaforum“](#) überführt. Hier arbeiten u. a. IHK, DGB, umwelt- und entwicklungspolitische Verbände, Wissenschaftler sowie die Senatsverwaltungen, die sich in einer ressortübergreifenden [Arbeitsgruppe](#) koordinieren, zusammen. Es wurde eine Qualität des Dialogs erreicht, die viele vorher nicht für möglich gehalten haben. Das Agendaforum hat gemeinsam mit der InvestitionsBank Berlin eine [Projektbörse](#) „Partner für Nachhaltigkeit“ durchgeführt, an der sich 151 Projekte beteiligt haben. Eine Fortsetzung des Wettbewerbs in neuer Form wird vorbereitet. Anschubfinanzierungen für Projekte hat die [„Projektagentur Zukunftsfähiges Berlin“](#) beim IZT mit Mitteln der Lotto-Stiftung vergeben.

Mittlerweile liegt der erste [Arbeitsentwurf](#) der Lokalen Agenda 21 Berlin vor. Er soll öffentlich bekannt gemacht und einer breiten Diskussion unterzogen werden, auch um die bisher weitgehend ausstehende direkte Beteiligung von Bürgern zu ermöglichen. Dabei wird es darauf ankommen, wie ernsthaft und professionell das Instrument der Kommunikation eingesetzt wird. Im weiteren Dialogprozess soll die Agenda zu einem Nachhaltigkeitsplan ausgearbeitet werden.

c) Im Rahmen der [„BerlinStudie“](#) hat der Senat mit Kofinanzierung der EU-Kommission Strategien für die Stadt entwickeln lassen. Die Studie verfolgt einen zivilgesellschaftlichen Ansatz und enthält Leitbilder sowie eine Reihe von Maßnahmevorschlägen, auch zur Veränderung finanzieller Schwerpunktsetzungen.

In der vom Bankenskandal bewirkten Umbruchsituation ist die BerlinStudie auf reges Interesse gestoßen. Inzwischen finden sich viele Inhalte der Studie in der öffentlichen Diskussion und auch im Regierungshandeln wieder. Darüber hinaus haben einige Autoren der Studie zivilgesellschaftliche Initiativen zur Umsetzung einzelner Vorschläge gestartet:

- Zu nennen ist hier die „Initiative Wissen schafft Wohlstand für Berlin“, die mehrere Projekte auf den Weg gebracht hat, z. B. zu einer „Offensive ‘Gastfreundschaft‘“ insbesondere im Ausbildungsbereich sowie zur wirtschaftlichen Nutzung der Wissensbestände kultureller Einrichtungen („Wissensbestände online“).

- Für mehr Bürgerbeteiligung bei der zunehmend legitimationsbedürftigen Haushaltsaufstellung entwickelt die „Arbeitsgruppe Bürgerhaushalt Berlin“ Konzepte und führt erfolgversprechende Gespräche mit Entscheidungsträgern.

Die Darstellung macht bereits manche Überschneidung deutlich, was auf ein altes und in Berlin besonders ausgeprägtes Problem verweist: Vieles läuft parallel, zuweilen in wechselseitiger Unkenntnis oder auch Ignoranz. Die vorhandenen Ansätze sollten in einem besser koordinierten Zusammenhang zusammengeführt und mit stärkerem Gewicht versehen werden. Hier sind die beteiligten Akteure, aber insbesondere auch die Politik gefordert.